Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I, Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 94. **Halle a. S., Freitag, den 25. Februar.** **1910.**

Fernsprechgebühren.

(Von unserm -tt- Mitarbeiter.)

Berlin, 24. Febr. 1910.

Die Budgetkommission des Reichstages wird sich in den nächsten Tagen mit dem Postetat beschäftigen. Wie beim Marine-Etat, der eine außerordentlich gründliche Prüfung erfahren hat, wird die Kommission auch den Postetat sich daraufhin genau ansehen, ob sparsam gewirtschaftet wird und ob nicht durch Verbesserung der Verwaltung eine größere Rentabilität erzielt werden kann. Auch die neue Fernsprechgebührenordnung wird bei dieser Gelegenheit zur Beratung gestellt werden. Die definitive Entscheidung über diese für weite Kreise der Bevölkerung sehr bedeutsame Angelegenheit wird voraussichtlich Mitte März im Plenum des Reichstages fallen. Wir wünschen lebhaft, daß in der Kommission für die Neuregelung der Fernsprechgebühren eine Form gefunden wird, die den berechtigten Wünschen der Beteiligten und den Anforderungen des Verkehrs gerecht wird.

Es liegt uns fern, bei einer dem Verkehr dienenden Einrichtung, die auch den industriell weniger entwickelten Orten nicht vorenthalten werden darf, etwa deshalb, weil in diesen die schwächere Benutzung eine unvollkommene Deckung der Betriebskosten zur Folge hat, eine stärkere Heranziehung der Beteiligten zu empfehlen. Wir erblicken im Gegenteil darin, daß man sich in verkehrsärmeren Orten bei der jetzt dem einzelnen Teilnehmer überlassenen Wahl zumeist für die weniger belastende Grund- und Gesprächsgebühr entscheidet, einen billigen Ausgleich für die an solchen Orten geringere Ausnutzungsmöglichkeit der Fernsprecheinrichtung und sind auch durchaus damit einverstanden, daß das Verlangen einer Ermäßigung der Grund- und Gesprächsgebühren nach Möglichkeit berücksichtigt wird. Ein ebenso billiges Verlangen erscheint es uns aber, daß bei Netzen mit zahlreichen Anschlüssen die Teilnehmer vor einer Entziehung des für sie in verschiedener Hinsicht geeigneteren Pauschgebührensystems bewahrt bleiben. Erfreulicherweise kehrt in der Begründung des Entwurfes die frühere Behauptung des Reichspostamtes nicht wieder, die Pauschgebührenzahlung habe zu einer Benutzung der Anschlußleitungen geführt, die über das Maß des wirtschaftlich Notwendigen und Nützlichen weit hinausgehe. Mit Recht wurde hierauf erwidert, daß eine von jeder unnötigen Hemmung und Belastung befreite Benutzungsmöglichkeit der Fernsprecheinrichtung des Reiches ein Bedürfnis unserer Zeit sei und daß am allerwenigsten bei den vielbeschäftigten Kaufleuten, Gewerbetreibenden und anderen in ihrem Berufe sich öfters des Fernsprechers bedienenden Leuten, die weder Zeit zu unnützen Gesprächen noch Verlangen nach solchen haben, von einer mißbräuchlichen Benutzung der Fernsprecheinrichtung die Rede sein könne.

Die auf teilweise zu starker Belastung der Pauschgebührenanschlüsse zurückgeführten Uebelstände werden sich auch beseitigen lassen, ohne daß den jetzigen zahlreichen Pauschgebührenteilnehmer die für sie überaus lästige und für einen großen Teil von ihnen auch viel zu kostspielige Einzelgesprächsbezahlung aufgebürdet wird. An Stelle der allgemeinen Einführung von Grund- und Gesprächsgebühren, mit welcher übrigens die große Ungleichheit in den Kosten des einzelnen Gesprächs für die wenig und die viel sprechenden Fernsprechteilnehmer keineswegs aufhören wird, könnte vielleicht die Staffelung nach dem Grade der Benutzung der einzelnen Anschlüsse in Erwägung gezogen werden. Bei dieser Art der Gebührenberechnung würde die Reichspostverwaltung gegenüber der Einzelgesprächsberechnung wohl selbst nicht unbeträchtliche Ersparnisse machen und Mehreinnahmen erzielen können. Da indessen als Zweck der Neuordnung der Fernsprechgebühren außer der gleichmäßigen Heranziehung der Teilnehmer auch die Verhütung der Ueberlastung der Anschlußleitungen angeführt wird, dürfte es sich empfehlen, für Teilnehmer, die jährlich mehr als eine zu bestimmende hohe Zahl von Verbindungen herstellen lassen, die Verpflichtung zur Anmeldung eines weiteren Anschlusses einzuführen. Das wäre doch das einfachste Mittel, der zu starken Inanspruchnahme eines Teiles der Pauschgebührenanschlüsse zu begegnen, die das Reichspostamt auch im Interesse der Teilnehmer selbst beseitigen will, weil sie für diese die üble Folge hat, daß die Zahl der Fälle, in denen der verlangte Anschluß besetzt ist, mehr zunimmt, als die Zahl der Anrufe. Es würde damit zugleich eine angemessene Steigerung der Gebühren für die Teilnehmer erreicht, die die Fernsprecheinrichtung mehr als andere benutzen. Auf eine Staffelung der Pauschgebühren würde dann wohl verzichtet werden können, was zur Erhaltung der bisherigen Einfachheit und Einheitlichkeit des Pauschgebührensystems wünschenswert erscheint.

*

Deutsches Reich.

Ein Wort an Herrn Prof. Suchsland.

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man der „Saale-Zeitung":

Mit Interesse habe ich Ihre Ausführungen über die Suchslandsche Rede auf der Generalversammlung des „Bundes der Landwirte" gelesen. — Herr Prof. Suchsland hat nach dem stenographischen Bericht der Korrespondenz des Bundes der Landwirte wörtlich gesagt:

„Da aus den Kreisen der Freisinnigen und Nationalliberalen auf den Bund Angriffe erfolgen, gegen welche die sozialdemokratischen Schimpfereien vielfach nur ein mildes Säuseln bedeuten, wie das Wort vom Raubzug auf die Taschen des Volkes entstammt dem Gehege der Zähne des Führers der Nationalliberalen; es ist eine Bassermannsche Wortgestaltung." —

Der Abgeordnete Bassermann hat diese ihm auch hier wieder in den Mund gelegte Aeußerung niemals getan! Er hat sie bereits dementieren lassen. Dennoch wärmt Herr Professor Suchsland, dessen Rede übrigens in dem führenden Organ des bei der Finanzreform mit den Konservativen verbündeten Zentrums, der „Kölnischen Volkszeitung", eine — **vernichtende Kritik erfahren hat,** diese angebliche Erklärung wieder auf — anscheinend nach dem Grundsatz: „calumniare audacter semper aliquid haeret". —

Die Franzosen über Aehrenthals Berliner Reise.

(Meldung von Louis Hirschs Depeschenbureau.)

H. **Berlin**, 25. Febr. (Vormittags.)

In Uebereinstimmung mit den Anschauungen des französischen Ministers des Aeußern Pichon führt der „Temps", das ministerielle Pariser Organ, aus, daß Frankreich ebensowenig Anlaß habe, den Besprechungen leitender Staatsmänner Deutschlands und Oesterreichs irgendwelchen Argwohn entgegenzubringen, als der Dreibund sich im Vorjahre anläßlich der Unterredung des Zaren mit dem Präsidenten Fallières in Cherbourg zu beunruhigen hatte. Die Hauptsache sei, daß an den bestehenden Staatengruppierungen nicht gerüttelt werde. Was innerhalb dieser Staatengruppierungen beraten werde, könne wohl, wie dies jetzt der Fall ist, die Aufmerksamkeit der Außenstehenden beanspruchen, aber ein das europäische Gleichgewicht gefährdendes Moment werde kein Wohldenkender in solchen zwanglosen Aussprachen Alliierter erblicken können.

*

Die Reise des Grafen Aehrenthal

nach München wird jetzt von den Alldeutschen ausgebeutet. Natürlich zum Zwecke der Verdächtigung der österreichisch-ungarischen Politik, als ob die verbündete Monarchie mit dem größten süddeutschen Bundesstaate Spezialinteressen verfolgte. Nun verlautet von unterrichteter Seite, daß an der Grenze des Innviertels die Regulierung einiger Flußläufe eine Verständigung zwischen Oesterreich und Bayern erfordert. Graf Aehrenthal will nun persönlich hierüber mit den leitenden Persönlichkeiten in München konferieren.

Als Sittenwächter der kaiserlichen Prinzen

fühlt sich der „Reichsbote" berufen. Das konservativ orthodoxe Blatt sagt in seiner gestrigen Nummer:

In Sondershausen wurde dieser Tage von der Berliner Operetten-Gastspielgesellschaft die Operette des Schriftstellers Leo Fall: „Die geschiedene Frau" aufgeführt. Als der Direktor wegen der Aufführung dieses Stückes zur Rede gestellt wurde, sagte er zu seiner Entschuldigung, daß Se. kaiserl. Hoheit der Kronprinz mit seiner Gemahlin die Vorstellung dieser Operette im Theater des Westens besucht und dabei applaudiert hätte. Wir werden gefragt, ob das wahr sei, damit man diese dort viel besprochene Behauptung dementieren könne. Wir wissen es nicht, aber unsere königlichen Prinzen, welche öfter in solchen Theatervorstellungen gesehen werden, sollten daraus entnehmen, daß das im Lande in königstreuen Kreisen einen befremdlichen Eindruck macht, zumal die Theater solche Besuche als Reklame für ihre Aufführungen zu benutzen pflegen.

Von den sechs Söhnen des Kaiserpaares haben fünf auch nach dem bürgerlichen Gesetzbuch das Mündigkeitsalter er-

Feuilleton.

Kann uns ein Komet Schaden bringen?

Von C. Falkenhorst.

n. Die Zeiten sind längst vorüber, da man in den Kometen Verkünder von Krieg, Pestilenz, Hungersnot und anderem Unheil erblickte. Wir wissen heute, daß sie Himmelskörper sind, die wie die anderen Sterne nach bestimmten Gesetzen ihre Bahnen beschreiben; aus unendlichen Fernen kommen sie, in unermeßlichen Weiten verschwinden sie, was sollten sie sich kümmern um das kleinliche Leid, um das dürftige Glück des winzigen Menschengeschöpfes? So können wir heute dank der Aufklärung durch die Wissenschaft selbst den größten Kometen mit Ruhe und Bewunderung ohne Furcht für unser Wohl ansehen; denn die Astronomen, die alles voraus berechnen, versichern uns, daß keiner der bekannten oder sich uns nähernden Kometen der Erde etwas anhaben wird. Anders aber lautet die Antwort, wenn wir fragen, ob nicht überhaupt einmal ein Komet der Erde gefährlich werden könnte? Die Möglichkeit, daß unser Planet mit einem solchen Himmelskörper zusammenstößt, läßt sich nicht leugnen, und die Folgen einer solchen Kollision können sich ganz verschieden gestalten und unter Umständen eine der schlimmsten Katastrophen herbeiführen, welche die Menschheit jemals erlebt hat.

Vor allem müssen wir bei der Erörterung dieser Frage darüber klar unterrichtet sein, was die Kometen sind, aus welchem Stoff sie bestehen. Früher tappte man in dieser Hinsicht völlig im Unklaren und glaubte, daß es sich bei dieser Himmelserscheinung um Dünste handelte, die zwischen dem Mond und der Erde schwebten und sich gelegentlich entzündeten. Heute ist die Zusammensetzung der Kometen im wesentlichen richtig erkannt. Der Komet, der aus den Fernen des Himmelsraumes sich uns nähert, erscheint zunächst als ein rundlicher Nebelfleck. Er bildet einen Haufen mehr oder weniger großer Körper, die zusammen durch den Weltenraum eilen und von einer gasigen Hülle umgeben sind. Kommt der Komet näher der Sonne, so beginnen auf ihn Licht, Wärme und Elektrizität der Sonnenstrahlen einzuwirken. Aus den festen Gesteinteilen des Kernes werden Gase ausgetrieben und sie bilden den Schweif. Diese Gase sind vorwiegend Kohlenwasserstoffe, also Verbindungen, aus denen z. B. unser Petroleum zusammengesetzt ist. Außerdem befinden sich in dem Schweife auch winzige feste Teilchen, alles aber nicht in dichtem Haufen, sondern in einer sehr großen Verdünnung. Der Schweif leuchtet auch im eigenen Lichte, denn es spielen sich in ihm fortwährend elektrische Prozesse ab, die denen in der Röntgenröhre verwandt sein dürften. Durch diese Vorgänge wird nun der Kern des Kometen unablässig zertrümmert und in eine Masse kleiner Teile, in eine ungeheure lange Staubwolke zerlegt. Diese Reste ehemaliger Kometen hat man Meteorschwärme genannt, und sie sind durchaus nicht selten.

Man hat ausgerechnet, daß sich gegenwärtig gegen 6000 Kometen in unserem Sonnensystem befinden. Die allermeisten von ihnen sind für die Erde völlig belanglos; denn ihre Bahnen verlaufen derart, daß sie niemals in unsere Nähe kommen. Allerdings muß man aber bedenken, daß die Bahnen der Kometen durchaus nicht so beständig sind wie die der Planeten und anderer Himmelskörper, sondern durch verschiedene Ursachen verändert werden können. Es ist also wohl möglich, daß ein uns heute fern bleibender Komet unter Umständen seinen Lauf derart verändert, daß er später in die Nähe der Erde kommt. Außerdem sind aber schon heute einige Kometen bekannt, deren Bahn die Erdbahn schneidet. Es kann also der Fall eintreten, daß beide Himmelskörper zu gleicher Zeit an dem betreffenden Punkte ihrer Bahn anlangen und zusammenstoßen. Ein derartiger Zusammenstoß ist schon wiederholt erfolgt; das war unter anderem am 27. November des Jahres 1872 der Fall; die Erde ging damals durch den Schweif des Bielaschen Kometen. Was wir damals erlebten, war aber durchaus nicht katastrophenartig, sondern nur ein himmlisches Feuerwerk, ein überaus reichhaltiger, großartiger Sternschnuppenfall; aus der Gegend des Himmels, in der sich das Sternbild der Andromeda befindet, brachen die Sternschnuppen hervor, häufig mehrere nebeneinander im Laufe einer Sekunde. Es geschah also dasselbe, was wir zu beobachten pflegen, wenn die Erde einen Meteorschwarm passiert. Nun können wir aber mit Bestimmtheit sagen, daß Sternschnuppen den Menschen völlig ungefährlich sind; es ist noch kein Lebender von einer Sternschnuppe erschlagen, kein Haus von ihr in Brand gesteckt worden; denn Sternschnuppen sind ohne Zweifel ganz kleine Steine, die im Weltenraum kreisen. Gelangen sie in die atmosphärische Hülle der Erde, so erhitzen sie sich hier infolge der Reibung bereits in Höhen von 100 und mehr Kilometern und verbrennen hier völlig zu Dampf; sie erlöschen und sind in Staub verwandelt, schon bevor sie die Erde erreichen. Das Sternschnuppenfeuer, das ein Kometenschweif gegen uns eröffnet, wird also durch die Lufthülle wie durch einen Panzer völlig abgewehrt. Der Sternschnuppenfall zeigt uns aber, wie dünn der Stoff im Kometenschweif verteilt ist. Professor Dr. Scheiner hat das neuerdings berechnet. Passiert die Erde einen Kometenschweif und fällt dabei in jeder Sekunde eine Sternschnuppe, so ist erst in 24 Millionen bis 144 Millionen Kubikkilometer ein festes Teilchen vorhanden, ein Steinchen, das wahrscheinlich nur einige Gramm schwer ist. Selbst wenn in der Sekunde ein Beobachter 100 Sternschnuppen fallen sieht, so sind in 1 Million Kubikkilometer erst ein bis vier feste Teilchen vorhanden. Eine Million Kubikkilometer können wir uns aber wohl veranschaulichen, indem wir uns auf der Erde, über Berlin z. B., einen Würfel von 100 Kilometer Länge, 100 Kilometer Breite und 100 Kilometer Höhe aufgestellt denken. In diesem kolossal weiten Raume wäre nun nicht mehr feste Masse vorhanden, als ein Staubhäufchen, das fünf bis höchstens zwanzig Gramm wiegt.

Es ist noch die Frage aufgeworfen worden, ob der Kometenschweif uns in anderer Art schädlich werden könnte. Früher meinte man im Scherze, es könnte sich beim Zusammentreffen ein Petroleumregen auf die Erde ergießen, heute macht man auf die elektrischen Vorgänge im Schweife aufmerksam und erwägt die Möglichkeit, ob uns der Schweif mit Röntgen-, Uviol- oder Radiumstrahlen überschütten könnte. Gleichgültig wäre das nicht; denn wenn diese Bestrahlung einigermaßen kräftig ausfallen würde, so könnten lebende Wesen auf Erden darunter recht empfindlich leiden; der Komet würde alsdann wirklich Pestilenz und Sterben mit sich bringen. Wahrscheinlich ist aber ein derartiges Ereignis nicht, denn auch gegen diese Strahlen würde sich die Lufthülle als ein Schutzmittel erweisen, sie würde dieselben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100225028/fragment/page=0001

reicht, drei davon sind verheiratet; nur der jüngste besucht noch die Kadettenanstalt in Plön. Trotz alledem fühlt sich der „Reichsbote" berufen, sie in aufdringlicher Weise zu bevormunden.

Die Beisetzung des Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg-Wernigerode

erfolgte gestern auf seinem Familiengute Dönhofstädt. Der mit Blumen überdeckte Sarg war in der Schloßkapelle aufgebahrt. Als Vertreter des Kaisers erschien der kommandierende General des 17. Armeekorps v. Mackensen. Mit dem Vizepräsidenten des Reichstages Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg waren 15 Mitglieder aller Fraktionen gekommen, um dem Verblichenen die letzte Ehre zu erweisen. Anwesend waren ferner Oberpräsident v. Windheim, der Kommandeur der ersten Division Generalleutnant Hasse, Regierungspräsident Graf Keyserlingk, der Prorektor der Königsberger Universität Professor Haendtke und viele andere hervorragende Persönlichkeiten. Nachdem die Trauergemeinde sich versammelt, erschien die Gräfin-Witwe mit den anderen Leidtragenden. Die Trauerrede hielt der Schloßgeistliche. Nach Beendigung der kirchlichen Feier wurde der Sarg durch den Park zur Gruft geleitet. Hinter dem Sarge trug der Graf zu Eulenburg-Prassen auf einem Kissen die Orden seines verstorbenen Schwiegervaters. Dann folgten die Gräfin Stolberg und General v. Mackensen. Auf dem ganzen Wege bildeten die Gutsbeamten und Gutsinsassen Spalier, um sich alsdann dem Zuge anzuschließen. Unter dem Segen des Geistlichen und den Klängen eines Chorals wurde der Sarg in die Gruft gesenkt, über die der Kriegerverein drei Salven abfeuerte. Mit der Niederlegung von Kränzen, unter denen sich auch solche des Kaiserpaares befanden, schloß die Feier.

Die Wahlrechtskundgebung am kommenden Sonntag.

Aus Berlin wird gemeldet: In der großen Kundgebung im Zirkus Busch am kommenden Sonntag werden folgende Redner Ansprachen halten: die Reichstagsabgeordneten Dr. Wiemer und D. Naumann, der Landtagsabgeordnete Dr. Maurer und die Herren Fabrikbes. Dr. Frentzel, Geh. Rat Prof. Dr. v. Liszt, Rechtsanwalt Dr. Marwitz und Prof. Spiegel. Die Leitung wird in den Händen des Herrn Geh. Rats Prof. Dr. v. Liszt liegen.

Das Befinden des Fürsten Eulenburg.

pr. Das Befinden des Fürsten Eulenburg ist, wie man uns an gut unterrichteter Stelle mitteilt, in der letzten Zeit unverändert geblieben. Es scheint, daß das Leiden wohl auch kaum so gebessert werden kann, daß der Fürst überhaupt je vernehmungsfähig werden kann. Unter diesen Umständen ist daher einstweilen die Erledigung der gegen den Fürsten erhobenen Anklage in weite Ferne gerückt. — Na, natürlich!

Parlamentarisches.

Das Chaos!

(Von unserem parlamentarischen ☞-Mitarbeiter.)

* **Berlin**, 25. Febr. 1910.

Der Abschluß der ersten Lesung der Wahlvorlage in der Wahlrechtskommission bietet das Bild eines Chaos, aus dem als einzige unbestrittene Tatsache nur die beschämende Niederlage hervorleuchtet. Daß die Vorlage nicht so bleibt, wie sie sich jetzt gestaltet hat, ist sicher; wie sie schließlich aus der Kommission herauskommen wird, steht völlig dahin. Trotz dieser unsicheren Lage haben die Mehrheitsparteien, wie man mir mitteilt, die Absicht, die Beschleunigung der Durchberatung des Entwurfs zu erzwingen. Man kann nur der Möglichkeit rechnen, daß die am 3. März beginnende zweite Lesung bereits am Freitag, den 4. März, zu Ende geführt wird und daß dann das Plenum baldigst in Anspruch genommen werden soll. Bis dahin werden Konservative und Zentrum sich über die Einzelheiten des „Kompromisses", das nach der Meinung der Herren gar kein Kompromiß sein soll, wohl einig geworden sein. Vorläufig allerdings ist es noch schwer zu sagen, ob das Kompromiß wirklich von allen beteiligten Seiten ernst gemeint ist. Die Konservativen werden heute eine Fraktionssitzung abhalten, in der sie hierzu Stellung nehmen. Vielleicht rechnet man bei ihnen noch immer mit der Möglichkeit, daß das Herrenhaus, obwohl durch die nunmehrigen Beschlüsse die Linie breiter geworden ist, die geheime Wahl dennoch ablehnt. Damit würde eine neue Wendung eintreten. Und möglicherweise kommt dann die direkte Wahl nochmals in Frage.

Der Antrag Zedlitz, dahingehend, an Stelle der Wahlmänner „Hauptstimmen" zu stipulieren, die dem direkt zu wählenden Abgeordneten-Kandidaten angerechnet werden, der in jeder Urwahl-Urteilung die meisten Stimmen erhält, taucht dann vielleicht aus der Versenkung noch einmal empor.

Das Zentrum läßt, wie wir hören, durchblicken, daß, bei Aufrechterhaltung der indirekten Wahl, hinsichtlich der Auswahl der Wahlmänner, Erleichterungen nach der Richtung hin eintreten könnten, daß der Wahlmann aus dem ganzen Wahlkreis genommen werden kann, aber nicht, wie bisher, seinem eigenen Urwahlbezirk angehören muß. Eine solche Bestimmung würde natürlich die Beschaffung von Wahlmännern erleichtern, aber die ganze Institution der indirekten Wahl trotzdem nicht viel schmackhafter machen.

Die Freisinnigen können in Verfolg ihrer bisher eingenommenen Haltung, in Ruhe abwarten, was sich aus diesem Tohuwabohu entwickeln wird.

Das Verhalten des Zentrums.

L. C. Das Verhalten des Zentrums gegenüber der Frage des direkten oder indirekten Wahlrechts ist an Unzuverlässigkeit wohl nicht mehr zu überbieten. Diese Partei verbindet sich jetzt mit den Konservativen zur Aufrechterhaltung der indirekten Wahl, derselben Wahlart, die sie wenige Tage vorher, am 11. Februar, durch ihren Fraktionsredner Herold in Grund und Boden hatte verurteilen lassen. Damals führte der Abg. Herold aus:

„Die Vorzüge, die Verbesserungen in dem Entwurf sind auch gering. Ein wesentlicher liegt ja darin, daß statt des indirekten Wahlsystems nunmehr das direkte eingeführt werden soll. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Gedanke, den man ursprünglich mit dem indirekten Wahlsystem zur Durchführung bringen wollte, sich in keiner Weise verwirklicht hat; nicht die Wahlmänner wählen den Kandidaten aus, sondern der ist lange vorher bestimmt, und die Wahlmänner werden nur auf einen bestimmten Kandidaten hin gewählt und sind vorher verpflichtet, diesem oder jenem ihre Stimme zu geben. Der Nachteil aber hat sich bei dem indirekten Wahlsystem herausgestellt, daß die Wahlbeteiligung dadurch ganz außerordentlich gering wird, wenn diese beim Landtagswahlrecht gegenüber dem Reichstagswahlrecht so sehr sinkt, so ist das meines Erachtens in erster Linie auf das indirekte Wahlsystem zurückzuführen, und darum ist es zu begrüßen, daß dies indirekte Wahlsystem nunmehr abgeschafft werden soll, wobei ich allerdings zugeben will, daß es vielleicht auf die Wahl selbst — ob direkt oder indirekt — einen so großen Einfluß nicht ausüben wird. Aber man muß in solchen Dingen den Wünschen der Bevölkerung möglichst Rechnung tragen."

Wenn man den Satz liest: „man muß in solchen Dingen den Wünschen der Bevölkerung möglichst Rechnung tragen", und damit das jetzige Verhalten des Zentrums vergleicht, so wirkt das geradezu wie ein Schlag ins Gesicht. Gründlicher kann eine Partei nicht umfallen, wie es hier geschah — den Konservativen zu Liebe.

Parteinachrichten.

Zur Reichstagsstichwahl im Kreise Mülheim-Wipperfürth zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie hat der nationalliberale Wahlausschuß folgende Wahlparole ausgegeben: „Liberale Wähler! Unsere Parole für die am 26. Februar stattfindende Stichwahl lautet: Keine Stimme dem Zentrum!"

Kleine politische Nachrichten.

Regelung der deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde der Vorlage, betreffend Regelung der Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Kanada, die Zustimmung erteilt.

Die Pensionsversicherung der Privatangestellten

ist um einen bedeutsamen Schritt vorwärts gekommen. Vor kurzem wurde der Vorsitzende des Hauptausschusses vom Staatssekretär Dr. Delbrück empfangen, wobei die einschlägigen Fragen in Gegenwart des Ministerialdirektor Casper und des Geheimrats Koch besprochen wurden. Danach ist der Gesetzentwurf in Arbeit, nur kann der Zeitpunkt der Ausgabe der Gesetzesvorlage noch nicht bestimmt werden. Hauptsächlich scheinen die Finanzfrage, die rechtliche Gestaltung und die Verwaltung der neuen Kasse Schwierigkeiten zu bereiten. Voraussichtlich tritt die Sachverständigenkommission des Hauptausschusses Ostern zusammen, während nähere Angaben über die Einberufung des allgemeinen Privatbeamtentages noch nicht möglich sind.

Zu der Helfferichschen Sache

verlautet: Es steht jetzt fest, daß die Frist zur Einreichung der Schriftsätze über den Kompetenzkonflikt am 3. März abläuft. Um diese Zeit hat also das Amtsgericht Berlin-Mitte (Amtsrichter Dr. Kern) die Sache mit seinem gutachtlichen Bericht an das Kammergericht abzugeben, damit dieses sein Gutachten dazu erstattet. Vom Kammergericht gelangen mit dessen Gutachten die Akten an den Justizminister, der sie an den Vorsitzenden des Kompetenzgerichtshofes weitergibt. Nimmt man für die Erstattung des Gutachtens des Kammergerichts eine Frist von 3 Wochen an, so dürfte Anfang April die Sache an den Kompetenzgerichtshof gelangen und zum April oder Mai dessen Entscheidung zu erwarten sein.

Heer und Flotte.

Bürgerliche Offiziere in der Garde. Nachdem kürzlich der von seiner Teilnahme an den Kämpfen in Südwestafrika her bekannte Hauptmann Franke in das 2. Garde-Regiment z. F. versetzt worden war, ist am 22. d. M. der Major Paul Meister vom Generalstabe der Inspektion der Verkehrstruppen als Bataillonskommandeur in das Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 versetzt worden. Beide Regimenter haben seit langen Jahren keinen bürgerlichen Offizier mehr gehabt. Major Meister ist am 12. Februar 1884 im 2. Jägerbat. in Kulm Offizier geworden. Seit 1904 war er in seiner seitherigen Stellung bei der Inspektion der Verkehrstruppen. Major ist er seit 14. Juni 1904.

Hof- und Personalnachrichten.

* Gestern abend folgte der Kaiser einer Einladung des Kommandierenden Generals des III. Armeekorps v. Bülow zum Diner. Vor dem Palais in der Hardenbergstraße in Berlin war ein Doppelposten in Paradeuniform aufgezogen, und als der Kaiser um 7 Uhr in Begleitung seiner Flügeladjutanten v. Neumann-Kosel und v. Holzing-Bergstädt vorfuhr, empfing ihn General v. Bülow im Portal und geleitete ihn in das Vestibül, wo die Gemahlin des Korpskommandeurs mit ihrer Tochter und den beiden jugendlichen Söhnen den Monarchen begrüßten. Der Kaiser überreichte der Herrin des Hauses einen prächtigen Blumenstrauß und führte sie in den Salon, wo die geladenen Gäste harrten. Es waren 48 hohe Offiziere anwesend, darunter Generaloberst v. Plessen, die Generale v. Kessel und v. Höpfner, Kriegsminister v. Heeringen, der Chef des Militärkabinetts Freiherr v. Lyncker und sämtliche Regimentskommandeure des 3. Armeekorps. Nach aufgehobener Tafel verweilte der Kaiser im Kreise seiner Generale bei Bier und Zigarren in angeregtem Gespräch bis nach 11 Uhr.

* Der neue deutsche Botschafter in **Madrid**, der Prinz von Ratibor, wird, wie man erfährt, sein neues Amt nicht gleich antreten. Interimistisch nimmt diesen Posten noch Baron von Waldthausen, bisher Gesandter in Argentinien ein; dieser dürfte für Lissabon bestimmt sein, wo der Prinz von Ratibor bisher waltete. Die diplomatische Vertretung des Deutschen Reiches in Buenos Aires ist Herrn v. d. Busche-Haddenhausen zugefallen, der beim Kaiser besonders in Gunst stehen soll.

Ausland.

Drohende türkische Kriegsrüstungen.

(Telegramm der „Politischen Rundschau".)

* **Wien**, 24. Febr.

Wenn auch von türkischer amtlicher Seite verkündet wird, daß die nicht abzuleugnenden Rüstungen der türkischen

---

verschlucken, unschädlich machen, bevor sie die Tiefen erreichten, in denen Menschen wohnen. Leider fehlen nach dieser Richtung hin alle Beobachtungen; erst bei Gelegenheit eines neuen Zusammentreffens der Erde mit einem Kometenschweif werden die Naturforscher die Luft auf Radioaktivität und dergleichen prüfen und Bestimmteres darüber aussagen.

Werden wir uns jetzt dem Kern der Kometen zu. Da er viel weniger Raum einnimmt als der Schweif, so ist die Möglichkeit, daß er einmal mit der Erde kollidiert auch viel kleiner, nahezu verschwindend gering; aber sie ist vorhanden; das läßt sich nicht wegleugnen. Dieses Renkontre wäre aber viel ernster, ja unter Umständen unheimlich ernst.

Wir haben schon mitgeteilt, daß der Kometenkern aus festen Körpern besteht. Wie diese beschaffen sind, ist jedoch bis jetzt nicht ermittelt worden; wir wissen auch nicht, wie groß sie sind, ob nur zentnerschwer oder Felsblöcke von einem und mehr Kilometer Durchmesser. Was schon durch derartige kleinere Felstrümmer angerichtet werden kann, ist uns aus Erfahrung bekannt; denn es sind schon viel Steine vom Himmel gefallen und das Schauspiel wiederholt sich immerfort. Diese Meteore oder Aërolithe stammen nicht von Kometen, sondern sind Gebilde, die für sich im Weltenraum herumbummeln, und wenn sie in die Nähe der Erde gelangen, von dieser angezogen werden. Zumeist verlief ihr Fall trotz allen Getöses, das er verursachte, harmlos; mitunter aber richteten die Meteore doch Schaden an. Die Chinesen berichteten von einem Steinfall im Jahre 616, durch den zehn Menschen das Leben verloren und ein Wagen zerstört wurde. Etwas übertrieben dürfte der Bericht der Annales Fuldenses sein, laut dem im Jahre 835 ein so großartiger Aërolithenfall in Sachsen sich ereignet hat, daß Menschen und Vieh erschlagen und 35 Dörfer von Feuer verzehrt wurden.

Wenn nun der Kern der Kometen nur aus zentner- bis tonnenschweren Steinen bestände, so würde er im Falle der Kollision uns ein Bombardement bescheren, gegen das uns der Luftpanzer gar nicht schützen könnte. Ueber ein weites Gebiet könnte sich dann viel Unheil und Schrecken ausbreiten. Wenn aber die Annahme zutreffend wäre, daß in dem Kometenkerne sich Felskolosse befinden, deren Durchmesser einen oder mehrere Kilometer beträgt, dann würde ein Zusammenstoß mit solchen Körpern die schlimmsten Folgen haben müssen. Diese himmlischen Projektile würden die Erdrinde weit und tief aufreißen, so daß durch die entstandenen Löcher die unterirdische Lava sich ergießen könnte; Vulkanausbrüche, Erdbeben würden Folgen der Kollision sein, während die Gewalt der Explosion allein schon in weitem Umkreise alles Leben vernichten würde. Unter solchen Umständen wüchse die Gefahr mit der Größe des Kometenkernes, und möglich ist es, daß die Folgen des Zusammenstoßes so verderblich sich gestalteten, daß in der Katastrophe die Menschheit ihren Untergang fände.

Gegenwärtig haben wir aber nicht den geringsten Grund zu Befürchtungen. Kein Himmelskörper bedroht die Erde mit einem Renkontre; und auch der gegenwärtig heranahende Hallesche Komet wird von ihr so weit entfernt bleiben, daß er ihr nicht das Geringste wird anhaben können. Wohl aber wird er uns Gelegenheit geben, wieder einen Haarstern mit bloßem Auge zu schauen, ihn aus größerer Nähe durch Fernrohre, Spektroskope und photographische Kameras zu durchforschen und so tiefer und tiefer einzudringen in die Rätsel und Wunder des Himmels.

Ein Brief Maeterlincks.

Direktor Volkner in Leipzig hat von Maurice Maeterlinck, dem Dichter des Dramas „Maria Magdalena", das am 12. März im Neuen Leipziger Stadttheater die Uraufführung erlebt, folgenden Brief erhalten:

„Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre außerordentlich liebenswürdige Einladung, der ersten Aufführung der „Maria Magdalena" in Deutschland beizuwohnen. Trotz der enormen Entfernung, die uns von Leipzig trennt, werden wir, meine Frau (die bekannte französische Schauspielerin Mad. Georgette Leblanc. D. Red.) und ich das möglichste tun, an dem Tage bei Ihnen zu sein, wo Ihre tüchtige und tapfere Künstlerschar auf Ihrer Bühne für das Drama eintreten wird, das in ehrenvoller Weise für mich dort gespielt werden soll. Mit herzlichsten Wünschen für gutes Gelingen zeichne ich

mit vorzüglicher Hochachtung

Maeterlinck."

Das Nibelungenlied als Chorwerk.

Der Dresdener Komponist Heinrich-Schulz-Beuthen, ein 72jähriger, der zahlreiche Sinfonien, Opern, Kammermusikwerke usw. geschaffen hat, brachte durch den Dresdener Lehrergesangverein unter Prof. Friedrich Brandes ein 1½ Stunden währendes Chorwerk zur Uraufführung, „Der Nibelunge Not", dem eine Textkonzentration des Nibelungenliedes zugrunde liegt.

Er hat der „Nat.-Ztg." zufolge Jahrzehnte lang an der Riesenpartitur gearbeitet. Zwölf Szenen hat er aneinander gereiht und für drei Solisten, Männer- und Frauenchor sowie Orchester vertont. Bei Schulz-Beuthen, der ein Klassizist der alten Schule ist und von der Errungenschaft der Musik in den letzten Jahrzehnten so gut wie gar nichts aufgenommen hat, liegt trotz des Stoffes jeder Gedanke an Wagner fern. Dem Dramatiker setzt er vielmehr den Epiker gegenüber, indem er nach einem getragenen, schlichten, erzählenden Chorsitz strebt, der in keiner Weise kompliziert oder dramatisch gesteigert ist. Das Melodische ist klar und eingängig, aber nicht einprägsam, das Rhythmische auf die Dauer zu abwechslungslos, einige Ueberwundenheiten des Liedertafelstils wirken abschreckend. Das Orchester ist nur als ausmalende Begleitung verwendet, mitunter recht ausdrucksvoll; nur ein stimmungsreiches Solostück „Volkers Geigenspiel", das musikalisch beste des Werks, und ein breiter Orchestersatz vor dem Schluß, worin die ganze Tragödie des Untergangs der Burgunden gemalt werden soll, stehen für sich. Leider stört gerade hier am Schluß diese sinfonische Dichtung durch ihre epische Breite, zumal der Tondichter auch hier in hellen Farben malte und weit von jeder tragischen Kraft und Größe blieb. Es zeigte sich hier, daß der Nibelungenstoff im Kerne dramatisch ist, wie ja auch Hebel den Nibelungendichter einen Dramatiker vom Wirbel bis zur Zeh genannt hat.

Mit dem alten Stil des Männerchorwerkes ist also dem gewaltigen Vorwurf nicht beizukommen. An Schulz-Beuthens Arbeit imponiert die Größe des Unternehmens, manche Einzelschönheiten und eine passende Herbheit des epischen Tons im ersten Teil. Aber an der ungeheuren Gewalt des dramatischen Abschlusses im Nibelungenlied ist er gescheitert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100225028/fragment/page=0002

Feine Herrenbekleidung nach Mass

Saison 1910

Anfertigung nach deutschen, amerikanischen, englischen Modejournalen.

Meine Kleidungsstücke zeichnen sich durch tadellose Passformen und gute Futterausrüstung aus.

Tonangebende Stoffneuheiten (vorherrschend grau, grün, modefarbige Töne) (deutsche und englische Fabrikate).

Um Besichtigung ohne Kaufzwang wird gebeten.

G. Assmann, Hoflieferant

Modehaus feiner Herren- u. Knaben- Bekleidung fertig und nach Mass.

Gegründet 1848 — Marktplatz 15-16.

Telephon 2105 — Marktplatz 15-16.

Abteilung: Anfertigung nach Mass.

Technische Oberleitung: Erstklassig akademisch gebildete Fachleute.

Grösstes Atelier dieser Branche am Platze. — Infolge langjähriger Erfahrung unerreichte Leistungsfähigkeit.

Armee durchaus nicht gegen Bulgarien gerichtet sein müssen, so sprechen doch die Zahlen den Gegenbeweis. Um die Mitte des März wird die Türkei an der bulgarischen Grenze eine Armee von **350 000 Mann versammelt haben. 150 000 Mann Reserve** werden sich zu diesem Termin in wenigen Tagen zur Verstärkung herbeirufen lassen. Diese halbe Million vollständig ausgerüsteter Truppen dürfte genügen, um die Feindseligkeiten gegen Bulgarien mit Erfolg zu eröffnen, denn es verlautet zuverlässig, daß in der letzten Zeit die weitgehendsten Vorkehrungen getroffen worden sind, um diese Armee im Kriegsfalle mit allem nötigen zu versehen.

Lueger's Todeskampf.

Bürgermeister Dr. Karl Lueger kämpft seinen letzten Kampf. Sein Leben zählt nur noch nach Stunden. Augenblicklich ist zwar eine leichte Besserung eingetreten, aber sie zeigt nur, wie schwer die großen Lebenskräfte, die er aufgespeichert hat, ihm den letzten Kampf machen. Die Teilnahme der ganzen Bevölkerung ohne Unterschied der Konfession und der Partei ist außerordentlich groß. Große Menschenmengen umstehen das Rathaus und blicken zu dem erleuchteten Fenster der Amtswohnung des sterbenden Bürgermeisters. Es ist ein beständiges Kommen, Drängen, Gehen. Aus den fernsten Bezirken eilen Leute herbei. Man sieht alle Typen und Klassen der Wiener Gesellschaft. An den Haupteingängen des Rathauses herrscht ein starkes Gedränge, da dort stündlich die Bulletins über das Befinden des Bürgermeisters angeschlagen werden.

Eine ungarische Kredittransaktion.

§ In ungarischen Regierungskreisen wird die Meldung von der während der Anwesenheit des Grafen Lehrenthal in Berlin erfolgten Anregung betr. Durchführung einer ungarischen Kredittransaktion in Deutschland sehr sympathisch begrüßt. Es wird betont, daß es sich hierbei nur um einen von der Legislative bereits votierten Betrag von 345 Millionen Kronenrente handeln könnte, wovon jedoch 215 Millionen in Form von Kontokorrent-Darlehen bereits absorbiert sind.

Ein Vorstoß gegen das englische Unterhaus.

= Lord Rosebery, der sich schon mehrfach mit der Reform des englischen Oberhauses befaßt hat, kommt jetzt, nachdem das Unterhaus mit der Beschneidung des Vetorechtes des Oberhauses Ernst zu machen gedenkt, dem Unterhaus zuvor und macht den ersten Vorstoß gegen das Unterhaus. Er will, daß das Oberhaus sich selbst reformiere.

Im Oberhause gab er nämlich die Erklärung ab, daß er am 14. März den Vorschlag machen werde, daß das Haus sich selbst als Komitee konstituiere, um die besten Mittel einer Reform seiner gegenwärtigen Organisation in Erwägung zu ziehen, damit derart eine **starke und wirksame Zweite Kammer** begründet werde.

Die Streikkrawalle in Philadelphia.

Aus Philadelphia wird telegraphiert: Die Tramstreikkrawalle dauern fort. Gestern wurde eine große Polizei zu helfen. Mit den Milizen zählten sie zusammen zehntausend Mann, waren jedoch außerstande, die Tramgleise und die Depots wirksam zu schützen. Viele Unfälle kamen den Tag über vor. Die Hauptaufruhrszenen spielten sich um Baldwins Tramwagenfabrik ab, wo die Angestellten in den Ausstand traten und einen Angriff auf das Grundstück der Gesellschaft begannen. Die Polizei feuerte durch die Fenster auf die Streiker, von denen viele getroffen wurden. Später gab es eine Reihe Kämpfe in der Market Street, bei denen es der Polizei und der Miliz übelerging. Die Citybehörden kündeten ihre Absicht an, weitere zehntausend Milizen einzuberufen.

*

London, 25. Febr. „Financial News" meldet aus Philadelphia: Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 5000. Die Ausständigen fordern einen Lohn von 1 Mark pro Stunde. Die Zahl der Opfer beträgt 5 Tote und 1200 Verletzte. 1500 Personen wurden verhaftet.

Eine kritische Situation.

§ Angesichts der beunruhigenden Situation hielten die angesehensten Bürger der Stadt Point à pintre auf Guadeloupe im Bankgebäude eine Versammlung ab, in der eine Adresse an den Gouverneur beschlossen wurde. Man drückt darin den Wunsch aus, die französische Regierung unverzüglich zum Absendung eines Kriegsschiffes und einer genügenden Truppenzahl zu ersuchen, um die persönliche Sicherheit zu gewährleisten. Der Gouverneur erklärte, daß er die Schwere der Situation anerkenne, daß er aber nicht in der Lage sei die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Der Gesamtbestand der zur Verfügung stehenden Truppen beträgt für die ganze Kolonie 140 Mann. 100 Mann hat bekanntlich der Gouverneur der Insel Martinique verlangt.

Kleine Tagesnachrichten.

Gegen die Schiffahrtsabgaben.

Die Sozialisten Oesterreichs haben im Abgeordnetenhause ebenfalls einen Antrag gegen die von Preußen geplanten Schiffahrtsabgaben eingebracht.

Eine politische Rede Briands in Aussicht.

Wie der „Matin" berichtet, beabsichtigt Kabinettschef Briand am 13. März anläßlich des Banketts des Verbandes der republikanischen Journalisten, welchem er beiwohnen wird, eine große politische Rede zu halten. Der Ministerpräsident wird in dieser Rede die Absichten der Regierung darlegen.

Das Urteil in der Verdunner Cyankaliaffäre.

Vor dem Kriegsgericht des 6. französischen Armeekorps in Chalons fand gestern der Prozeß gegen den Brigadier Faraco vom 8. Husarenregiment in Verdun statt, der seinerzeit den Versuch machte, die ganze Schwadron mit Cyankali zu vergiften. Der Angeklagte ist geständig. Die Aerzte, die ihn auf seinen Geisteszustand untersuchten, halten ganz verminderte Zurechnungsfähigkeit für vorliegend. Das Urteil lautete auf zwanzig Jahre Zwangsarbeit, Stellung unter Polizeiaufsicht und Degradation. Mildernde Umstände wurden versagt.

Der Plan der Asiatischen Bank in Rußland

ist gescheitert, weil, wie die „Bohemia" meldet, die österreichischen Slaven sich zurückgezogen haben. Es soll nunmehr von fünf russischen Banken, und zwar von der Wolga-Kama-Bank, der Internationalen Bank, der Russischen Bank für den auswärtigen Handel, der Petersburger Escomptebank und der Bank für gegenseitigen Kredit eine russische Bank gegründet werden, welche Beziehungen zu den Balkanstaaten pflegen soll.

Vermischtes.

Hochwasser. Der Wasserstand der Mosel und Saar ist auf seinen Höhepunkt angelangt; eine weitere Ueberschwemmungsgefahr scheint somit nicht zu drohen. Dagegen steigt die Fulda mit ihren Nebenflüssen stark. Die Niederungen sind überschwemmt; die Fuldaschiffahrt ist eingestellt. Im Ruhrtal ging gestern bei heftigem Sturm und Regengüssen ein Wintergewitter nieder.

Explosion. Arbeiter, die in der Fabrik von Glenboog in Glasgow einen neuen Sprengstoff, genannt Gellignite, herstellten, wurden das Opfer einer furchtbaren Explosion. Drei Gebäude wurden vollständig zerstört, drei Personen getötet, acht schwer und eine große Anzahl leichter verletzt.

Hackradt geisteskrank? Der zum Tode verurteilte Raubmörder Hackradt wurde von Plötzensee zur Untersuchung seines Geisteszustandes gemäß der Bestimmungen der Strafprozeßordnung nach der Irrenanstalt des Untersuchungsgefängnisses überführt. Es hatten sich in letzter Zeit Spuren geistiger Verwirrung bei ihm gezeigt.

Selbstmord eines Propstes. In einem Irrsinnsanfalle erschoß sich gestern der Propst Kowalski in Skorzewo, Kreis Posen-West. Der Propst stand im Alter von 41 Jahren.

Schnellfahrt auf Leben und Tod. Lausanner Blätter berichten über die beispiellose Schnellfahrt eines Personenzuges, der gezwungen war, auf Tod und Leben möglichst schnell von Valleorbe nach Lausanne herunterzufahren. Oberschnell Valleorbe, bei der Station Croy, das 2155 Fuß hoch im Gebirge liegt, hatten sich zwei schwer beladene Güterwagen von einem Zuge losgelöst und liefen führerlos bergab, immer schneller, einem voranfahrenden Personenzuge nach. Der Führer des Personenzuges sah die Gefahr, gab Volldampf und sauste nun mit schwindelerregender Schnelligkeit vor den mit zunehmender Geschwindigkeit herunterrasenden Güterwagen her, passierte einen Schneesturm und erreichte glücklich das Tal, ehe die Güterwagen unten angekommen waren.

Meteorologische Station.

	24. Februar 9 Uhr abends	25. Februar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	749.4	740.4
Thermometer Celsius	5.7	4.5
Rel. Feuchtigkeit	64 %	76 %
Wind	WSW 1	S 1

Maximum der Temperatur am 24. Febr.: 10.9° C.
Minimum in der Nacht vom 24. Febr. zum 25. Febr.: 3.4° C.
Niederschläge am 25. Febr. 7 Uhr morgens: 0.1 mm.

Wetter-Aussichten.

26. Februar: Wolkig mit Sonnenschein, nahe Null, früh Frost
27. Februar: Wolkig mit Sonnenschein, kühler, meist trocken.
28. Februar: Bewölkt, feuchtkalt, Regenfälle.
1. März: Meist bedeckt, trübe, feuchtkühl.
2. März: Vielfach trübe, naßkalt, Niederschläge, windig.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: **Wilhelm Georg**; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Handel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Hinweis! Für unsere Leser liegt der heutigen Nummer ein Prospekt, betreffend die Original-Unterrichtsbriefe zur Erlernung der deutschen, englischen, französischen, italienischen, niederländischen, rumänischen, russischen, spanischen, schwedischen und ungarischen Sprache nach der Methode Toussaint-Langenscheidt bei, worauf wir alle diejenigen aufmerksam machen, welche sich die Kenntnis dieser Sprachen sicher, bequem und ohne große Kosten durch Selbststudium (ohne Lehrer) aneignen wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100225028/fragment/page=0003

Aufruf!

An die Aktionäre der Kaliwerke Aschersleben!

Vor dem Reichstag steht zurzeit ein Gesetz-Entwurf zur Beratung, dessen Konsequenzen eine schwere Gefahr für die nächste Zukunft der Kaliwerke Aschersleben bedeuten. Es handelt sich um das bekannte **Reichs-Kaligesetz, welches** an Stelle der bisherigen Selbständigkeit der Kali-Industrie die Zwangs-Betriebsgemeinschaft setzt und den **Werken,** welche über ihre bisherige Syndikats-Quote hinaus Lieferungs-Verpflichtungen zu erfüllen haben, eine nach der Höhe der Mehrlieferung gestaffelte Vergütung auferlegt, das heißt, eine **Abgabe, deren Höhe heute noch nicht zu ermessen ist. Von dieser Abgabe wird unsere Gesellschaft. die Kaliwerke Aschersleben, in erster Linie schwer betroffen.**

Diese außerordentliche Gefährdung unserer Interessen verdanken wir dem Vorsitzenden unseres Aufsichtsrats

Herrn Hermann Schmidtmann

sowie dem Mitgliede unseres Aufsichtsrats

Herrn Waldemar Schmidtmann.

Den **unheilvollen Einfluß,** welchen diese beiden Herren auf die Geschicke unseres Werkes seit langen Jahren ausüben, ist es zuzuschreiben, daß die Kaliwerke Aschersleben in der Nacht vom 30. Juni 1909, während die weitaus überwiegende Zahl der übrigen Kaliwerke sich bereits wieder gebunden hatte, Quantitäten weit über ihre Quote und Lieferungsmöglichkeit hinaus an den Vertreter eines amerikanischen Trusts verkauft haben. Unter Bedingungen, die, wie der Königlich Preußische Oberberghauptmann v. Velsen im Reichstag am 14. ds. Mts. ausführte, geeignet wären, die gesamte deutsche Kali-Industrie zum Ruin zu führen.

Unter Bedingungen, die, wie der Preußische Handels-Minister ebenfalls im Reichstage darlegte, **nicht der Auffassung eines ordentlichen Kaufmanns entsprechen.**

Ein großer Teil der Aktionäre vertritt daher den Standpunkt, daß die **Mitglieder unseres Aufsichtsrats** Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann **ihre** Obliegenheiten **nicht mit der**

Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes

erfüllt haben und daß sie, **wie die Abgeordneten** Freiherr von Gamp und von Dannenberg im **Reichstag** erklärten, **nicht nach den Grundsätzen von Treu und Glauben,** die für unser Werk maßgebend sein müssen, gehandelt haben.

So hat der Vorsitzende **unseres Aufsichtsrats,** wie an der Hand der Protokolle der Aufsichtsrats-Sitzungen, der Geschäftsberichte und Bilanzen und der Protokolle der General-Versammlungen in den letzten Jahren festzustellen ist, die Interessen der Aktionäre von Aschersleben verletzt im Sinne der §§ 241 und 312 des Handelsgesetzbuches, indem er uns Aktionären verschwiegen hat, daß uns gemäß Aufsichtsratsbeschluß vom Februar 1901 ein Recht zustand, in den Besitz des ganzen Werkes Sollstedt einzutreten, zu dessen Bau Herr Hermann Schmidtmann die gesamten Mittel aus unseren Fonds entnommen hat. Wir stellen **hiermit** vor der deutschen Presse, welche für **Publizität bei den Aktiengesellschaften** eintritt, fest, daß

kein Geschäftsbericht,
keine Bilanz,
kein General-Versammlungs-Bericht

unserer Gesellschaft seit 1901 den Aktionären irgend eine Information darüber erteilt hat, daß uns zunächst ein Anspruch auf das ganze Sollstedt zustand und später eine Option auf 51%.

Wir stellen weiter fest, daß in allen **Bilanzen der Kaliwerke Aschersleben seit Beginn unserer Kreditgewährung an Herrn Schmidtmann der Posten „Bankguthaben und Debitoren" mit ca. 7 Millionen Mark** aufgeführt war unter Verschweigung **der Tatsache,** daß mehr als zwei Drittel dieses Betrages einen **Kredit** an unseren Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Hermann Schmidtmann, zum Bau von Sollstedt darstellten.

Wir stellen weiter fest, daß erst in der Generalversammlung des Jahres 1906 den Aktionären die Ausübung einer Option auf 25% von Sollstedt vorgeschlagen wurde, wiederum unter Verschweigung der Tatsache, daß den Aktionären ein Optionsrecht auf mindestens 51% zustand, und unter Verschweigung des Umstandes, daß in dem Posten „Bankguthaben und Debitoren" von 7 Millionen Mark ein Kredit unseres Werkes von 5 Millionen Mark an Herrn Schmidtmann zum Bau des Werkes Sollstedt enthalten war.

Infolge dieses **Umstandes schwebt** seitens einer Anzahl von Aktionären der **Kaliwerke Aschersleben** gegen unsere Verwaltung ein Anfechtungsprozeß, in dem nunmehr das Landgericht Halberstadt

Beweisaufnahme in bezug auf Bilanz-Verschleierung angeordnet hat.

Im Jahre 1906 haben die **Mitglieder unseres Aufsichtsrats** Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann unsere Gesellschafts-Interessen schwer benachteiligt, im Sinne der Strafbestimmungen des § 312 des Handelsgesetzbuches, indem beide als Leiter des Werkes Sollstedt, das von unserem Geld gebaut war, und auf das uns eine Option von 51 pCt. rechtmäßig zustand, umfangreiche, das Kalisyndikat erheblich schädigende Kontrakte in Amerika abschlossen, durch welche unser damals dem Kalisyndikat angehöriges Werk Aschersleben in Ziffern nachweisbare empfindliche Verluste erlitt. Am 30. Juni 1909 sind die verhängnisvollen Kontrakte mit Bradley getätigt worden, ein Mann, der jetzt erklärt hat, daß er alles tun werde, um das deutsche Kali in Amerika zu diskreditieren. Die Kontrakte vom 30. Juni 1909 haben unsere Gesellschaft nicht nur in ein schweres Risiko geführt, sondern sie waren nach bisher unbestrittenen Angaben und nach der bisher unbestrittenen Annahme der Syndikats-Verwaltung ein Verstoß gegen die Verpflichtungen, welche der Syndikats-Vertrag bis zum 30. Juni 1909 den Kaliwerken Aschersleben nach Treu und Glauben auferlegte.

Durch das vertragswidrige Verhalten unserer Aufsichtsrats-Mitglieder Hermann und Waldemar Schmidtmann sind wir Aktionäre geschädigt worden, indem

1. das Kali-Syndikat eine Vertrags-Strafe von 300000 Mk. in Sicherheitswechseln von uns bereits eingezogen hat,
2. weitere, heute noch unabsehbare Regreßnahmen und Prozesse in Aussicht gestellt hat.

Weiterhin sind wir Aktionäre von Aschersleben dauernd geschädigt, weil nachweislich unsere Aufsichtsratsmitglieder Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann unser Kaliwerk Aschersleben nur benutzt haben, um den Sonderinteresse dieser Herren bei ihrem amerikanischen Trust der International Agricultural Corporation, als Vorspann zu dienen.

Fernerhin sind wir benachteiligt im Sinne des § 241 des Handelsgesetzbuches, weil die Verwaltung unseren Besitz an 25 Sollstedt-Kuxen veräußert hat gegen Shares der International Agricultural Corporation; einer amerikanischen Dünger-Korporation, deren Shares angesichts eines möglichen Konkurrenzkampfes am amerikanischen Düngermarkt uns keineswegs ein genügendes Aequivalent bieten gegen 25 Kuxe von Sollstedt.

Weiterhin steht fest, daß unsere Aufsichtsratsmitglieder Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann bei den wiederholten, mit dem Kali-Syndikat geführten Ausgleichsverhandlungen stets sämtliche Vorteile nur ihren Interessen bei der International Agricultural Corporation zuwenden wollten, während den **Kali-Werken Aschersleben nur das Risiko übrig blieb.** So hat, wie authenisch feststeht, Herr Waldemar Schmidtmann bei den New Yorker Syndikats-Verhandlungen erklärt, daß für Aschersleben auf Grund der Nordtrust-Kontrakte im Falle eines Konkurrenzkampfes auf einen Dividenden-Rückgang bis 5 pCt. zu rechnen sei, während sonst eine Dividende von 10 pCt. zu erwarten wäre. Diese Dividende von 10 pCt. wäre uns auch bei Syndikatsmitgliedschaft, unter normalen Verhältnissen, stets gesichert gewesen, ohne das jetzige Risiko bei den Nordtrust-Kontrakten; und ohne Diskreditierung unserer Gesellschaft als Störerin der deutschen Kali-Industrie, der wir lange Jahre in vollem Einvernehmen und unter vorzüglicher Blüte unseres Unternehmens angehört haben.

Dagegen haben es unsere Aufsichtsratsmitglieder Hermann und Waldemar Schmidtmann stets versucht, indem hierbei die **Interessen unseres Kaliwerks Aschersleben als Tauschobjekt** benutzt wurde, bei den verschiedenen Syndikats-Verhandlungen Sondervorteile für ihre Interessen bei Sollstedt bezw. International Agricultural Corporation herauszuschlagen. So hatte nach dem Vertrag vom 10. Dezember 1909 zwischen W. Schmidtmann und Kali-Syndikat unser Werk Aschersleben mit der Quote vom 8. Juli in das Syndikai einzutreten, während für unsere Aufsichtsratsmitglieder Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann

Millionen-Vorteile

in ihrer Eigenschaft als Interessenten der International Agricultural Corporation ausbedungen waren. Das kleine Interesse unseres Werks bei der International-Corporation ist kaum erwähnenswert, nachdem uns unser Aufsichtsrat die Option von 51 pCt. auf Sollstedt entzogen hat. Außerdem haben sich unsere Aufsichtsratsmitglieder Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann einen Extraverdienst durch den Verkauf von einer Million Dollar Shares der International Agricultural Corporation an das Syndikat zum Kurse von 150 pCt. gesichert.

Demgegenüber erhielt **Aschersleben nichts,** als was es nicht auch schon am 1. Juli v. Js., ohne Kampf und ohne Gefährdung öffentlicher und industrieller Interessen hätte erhalten können; nämlich die Quoten-Parität von Westeregeln.

Diesem Mangel an jeglichem Gewinn steht das **schwerwiegende Risiko** gegenüber, in welches die Politik unserer Aufsichtsratsmitglieder Hermann und Waldemar Schmidtmann unsere Gesellschaft geführt hat. Heute steht unser Werk vor der Alternative, zwar mehr als das doppelte unserer normalen Quote liefern zu können, aber einerseits zur Hälfte der Syndikatspreise, andererseits unter der Möglichkeit einer **gesetzlichen Belastung,** welche nicht nur jeden Nutzen illusorisch macht, sondern möglicherweise für uns sogar schwere Verluste bedeutet, zumal dem Nordtrust das Options-Recht auf fünf Jahre über zwei Jahre hinaus eingeräumt ist. Hierbei ist zwar in den Kontrakten ein Rückforderungs-Recht der Regierungs-Lasten an dem Nordtrust vorgesehen. Aber wir haben keine Sicherhett, ob der Nordtrust diese Rückzahlung leisten wird, besonders unter dem diesbezüglich ungewissen Wortlaut des Gesetz-Entwurfes, und weil die Entscheidung einem amerikanischen Schiedsgericht zusteht.

In dieser für unsere Gesellschaft so außerordentlich dunklen und schwierigen Situation hat unser Aufsichtsrat sehr merkwürdiger Weise die Absicht kundgegeben, die bevorstehende ordentliche General-Versammlung zu verschieben.

Wir Aktionäre aber wollen endlich **Klarheit**. Wir halten es für unmöglich, daß an der Spitze unseres Aufsichtsrates Männer stehen, deren Interessen nicht die unsrigen, sondern diejenigen amerikanischer Misch-Dünger-Händler sind.

Wir halten es für unmöglich, daß unsere Verwaltung weiter von Persönlichkeiten wie Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann geleitet wird, die sich in bezug auf sorgfältige Geschäftsführung unserer Gesellschaft **ständig im Konflikt** mit den §§ 241 und 312 des Handels-Gesetzbuches befinden.

Wir wollen, daß, bevor ein schwerwiegender gesetzgeberischer Eingriff in die Geschicke der Kali-Industrie erfolgt, es klargestellt wird, ob die Kaliwerke Aschersleben rechtsgültig zur Erfüllung der bisher unbekannten Liefer-Verträge vom 30. Juni v. Js. verpflichtet sind.

Wir wollen, daß klargestellt wird, daß ein großer Teil der unabhängigen Aktionäre der Kaliwerke Aschersleben den Wunsch hat, mit der übrigen deutschen Kali-Industrie eine Verständigung zu finden, die auch den nationalen und wirtschaftlichen Interessen der Gesamt-Industrie entspricht.

Wir wollen, daß keine Verschiffungen Ascherslebener Kalisalze an Bradley fortgesetzt werden, bevor uns volle Sicherheit gegen gesetzliche Belastungen durch den Nordtrust garantiert wird. Diese notwendige Klarheit kann uns nur durch eine **General-Versammlung** gegeben werden, die wir gemäß § 254 des Handelsgesetz-Buches herbeiführen wollen.

Wir werden beantragen, die folgenden Punkte auf die Tages-Ordnung der General-Versammlung zu setzen, auch für den Fall, daß die Verwaltung eine ordentliche General-Versammlung inzwischen berufen sollte:

1. **Aufklärung** über die Verpflichtung der Kali-Werke Aschersleben aus den Lieferungs-Verträgen vom 30. Juni 1909 und Stellungnahme hierzu.
2. Stellungnahme zu dem in die Entwicklung unseres Werkes scharf einschneidenden Entwurf eines Reichs-Kaligesetzes.
3. Bestellung von Revisoren gemäß § 266 des H. G. B.
4. **Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann.** — Neuwahl zum Aufsichtsrat.
5. Beschlußfassung über den Eintritt der Kaliwerke Aschersleben in das Neue Kali-Syndikat G. m. b. H.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß durch eine General-Versammlung mit der obigen Tagesordnung Klarheit über die jetzige dunkle Situation unserer Gesellschaft erzielt wird, und daß endlich die berechtigten Interessen der Kaliwerke Aschersleben aus der Abhängigkeit von den Sonderinteressen der Herren Hermann Schmidtmann und Waldemar Schmidtmann befreit werden. Zum dauernden Segen unserer Gesellschaft, deren Stolz es lange Jahre gewesen ist, zu den Stützen des Einigungsgedankens in der deutschen Kali-Industrie gezählt zu werden.

Actionär-Vereinigung der Kaliwerke Aschersleben.

Staatsanwalt Dr. Müller, Berlin.

Kgl. Kommerzienrat Hilgenberg, Essen-Ruhr. **Bankdirektor Willers,** Essen-Ruhr. **Regierungsrat Crone,** Düsseldorf. **Bankier Siegbert Dautel,** Berlin. **Gewerke Gustav Böhmer,** München.

Mitteilungen über die erfolgte Deponierung von Aktien zum Zwecke der Berufung einer **General-Versammlung** sowie sonstige Anfragen bitten wir an die Geschäftsstelle der Actionär-Vereinigung der Kaliwerke Aschersleben bezw. an den Rechtsbeistand der Vereinigung, Herrn Justizrat und Notar von Gordon, Berlin, Mohrenstraße 19, zu richten. Bezüglich der **Bankstellen** für die **Deponierung** von Aktien verweisen wir auf die nachfolgende Bekanntmachung.

Wir fordern diejenigen Aktionäre der Kaliwerke Aschersleben, welche sich den Bestrebungen des obigen Aufrufs anschließen wollen, auf, zwecks

Antrages auf Einberufung einer General-Versammlung

und, falls sie nicht selbst auf der General-Versammlung erscheinen wollen, zu ihrer **Vertretung** auf derselben ihre Aktien ohne Dividenden-Bogen nebst Blankovollmacht bei einer der nachfolgenden genannten Stellen

Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld,
und Zweig-Niederlassungen.

Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr,
und Zweig-Niederlassungen.

Essener Bank-Verein, Essen-Ruhr,
oder dem

Notar, Justizrat v. Gordon, Berlin W. 8,
zu deponieren.

Actionär-Vereinigung der Kaliwerke Aschersleben

Staatsanwalt Dr. Müller.

Geschäftsstelle Berlin W., Linkstrasse 40.

Großartige Auswahl Uhren Ketten, Ringe, Medaillons, Colliers,
alle Neuheiten,
zu Konfirmandengeschenken geeignet, empfiehlt
Aug. Heckel,
gepr. Uhrmacher,
Steinweg 46/47. Tel. 2068.
5% in Rabatt-Spar-Marken.
Bitte um Besichtigung der Schaufenster.

Topfreiniger
Topfanfasser
Spültücher
Staubtücher
Bohnertücher
Schenertücher
Kaffeebeutel
Tellerdeckchen.
511 **H. Schnee Nachf.,** Gr. Steinstraße 84.

Feinen Zuckerhonig,
1 Pfd. Topf 40 Pfg empfiehlt
A. Trautwein, Große Ulrichstr. 31.
Mitglied des Rab.-Spar-Vereins.

Aepfel.
Billige Aepfel, um damit zu räumen, verkaufe a Korb, 13–14 Pfund, mit 75 Pfg.
3761 Geiststrasse 70.

Reichardt Kakao Schokolade

Uralt
ist die Wahrheit, daß der Mensch ist, was er ißt und trinkt. Gesunde Hausgetränke — gesunde Menschen. Reichardtkakao ist höchst bekömmlich, anregend und stärkend bei köstlichem Wohlgeschmack.
Halle a. S.,
Neue Promenade 16, Ecke Untere Leipzigerstraße. Fernspr. 1190.
Große Ulrichstraße 11. Fernspr. 1190.

Reichardts Kunstblätter „Tiere der Urwelt", Serie 2 Nr. 27. In den Reichardtfilialen für je 3 Mk. Einkauf 1 vielfarbiges Kunstblatt (Format 19×27 cm) umsonst, im Post- und Bahnversand für je 5 Mk. Diese Blätter besitzen hohen wissenschaftlichen Wert.

Segelechse
Embolophorus Dollovianus

zum Fabrikpreis direkt an Private!

Perücken! Masken!
hochapart u. chik, verl., Kostümfrisuren u. Schminken führt aus
H. Krolow Wwe., Geiststr. 16.

Ein **vorzügl. Linderungsmittel** b. **Husten u. Heiserkeit** ist mein Echt bayr. **Malzzucker** 1 Pfd. 80 Pfg.
A. Trautwein, Große Ulrichstr. 31.
Mitglied des Rab.-Spar-Vereins.

Untertaillen (gestrickt. Trikot, Batist).
Große Auswahl. 128
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Gar. rein. Blütenhonig.
Pfund 80 Pfg.
A. Hampe, Leipzigerstr. 66,
Zuckerw.-, Honigk.-Fabrik.
Mitgl. d. Rab.-Sp.-Ver.

Zierfische.
Silberorfen, Stück 5 Pfg.,
Goldfische, Goldorfen,
Sonnenfische, Rohrbarsche.
Große Auswahl exotischer Fische.
Glasaquarien, Erde, Sand, Pflanzen.
Zoologische Handlung,
Geiststraße 26. 3766

Die Auskunftei Beyrich & Greve,
Halle a/S., Große Ulrichstraße 42
(Telefon 2144) erteilt **Kredit-Auskünfte** einzeln und im Abonnement. Die Abonnementszettel haben
fortwährende Gültigkeit.
Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100225028/fragment/page=0004